

Petition an den Deutschen Bundestag!

Die Euro-Rettungspolitik ist gescheitert!



„Das dritte Griechenlandpaket und etwaige weitere Euro-Rettungsmaßnahmen für andere Länder lehne ich ab.“

1. Das dritte „Rettungspaket“ für Griechenland ab 2015

Am Sonntag, den 12. Juli wurde zwischen den Staatschefs der Euroländer ein 3. „Rettungspaket“ verabredet. Das Volumen dieser erneuten Darlehensgewährung soll über 80 Mrd. Euro betragen. Im Falle eines griechischen Staatsbankrotts wird Deutschland einen Schaden von rd. 20 Milliarden Euro erleiden.

2. Die bisherigen zwei „Rettungen“ von 2010 bis 2015

Unter Bruch der EU-Verträge, wonach kein Staat für die Schulden eines anderen haftet (Art. 125 AEUV), wurden seit 2010 bereits 325 Mrd. Euro Darlehen an Griechenland von der Staatengemeinschaft gewährt. Gerettet wurde damit nichts und niemand. Die Arbeitslosigkeit hat sich in dieser Zeit dort verdoppelt von 13 auf 26 %, die Jugendarbeitslosigkeit von 35 auf 50 %.

3. Die Schuldentragfähigkeit Griechenlands

Griechenlands Staatsschulden betragen derzeit 360 Mrd. Euro. Das sind 177 % der jährlichen Bruttowirtschaftsleistung. Beim 2. „Rettungspaket“ wurde die Schuldentragfähigkeit bei max. 120 % gesehen. Unter Fachleuten besteht daher kein Zweifel, dass Griechenland die aufgenommenen Schulden niemals zurückzahlen können. Deutschland wird in diesem Fall einen Schaden erleiden von 100 Mrd. Euro.

4. Griechische Verhältnisse

Die staatliche Durchschnittsrente in Griechenland beträgt 958 € pro Monat; die deutsche beträgt 766 Euro. Nach einer EZB-Studie von 2013 beträgt das Nettovermögen der griechischen Privathaushalte im Durchschnitt 102.000 Euro; das der deutschen Haushalte beträgt im Durchschnitt 51.000 Euro.

5. Zusätzliche Hilfen an Griechenland

Seit 1981, dem Beitritt Griechenlands zur EU, erhält das Land jährliche verlorene Zuschüsse zur wirtschaftlichen Strukturverbesserung. Das sind bis heute mehr als 200 Mrd. Euro, die aus dem regulären EU Haushalt an Griechenland fließen und nicht getilgt, geschweige denn verzinst werden müssen.

6. Niederzinspolitik der EZB

Der künstliche niedere Zins, den die EZB zur weiteren Stützung der Krisenländer einsetzt, bedeutet für Griechenland eine weitere Subvention von ca. 50 Mrd. Euro. Er bedeutet für deutsche Sparer, Lebensversicherte, Betriebsrentenanwärter usw. eine jährliche Vermögenseinbuße in zweistelliger Milliardenhöhe.

7. Fazit

Die Hilfspolitik, allemal die „Rettungspolitik“ der Euroländer gegenüber Griechenland ist total gescheitert. Die Fortsetzung der bisherigen Maßnahmen muss daher ebenfalls scheitern. Das Übel liegt in der Euro-Einführung in einem Land, das als Schwellenlandökonomie unter einem Währungsdach mit hochentwickelten Volkswirtschaften wirtschaftlich nicht gedeihen kann. Es rächt sich, dass die Währungsunion ein „politisches Projekt“ war und kein wirtschaftswissenschaftliches. Das Wasser fließt nicht den Berg hinauf, selbst wenn die Politik dies beschließt. Wer Politik gegen die Wirklichkeit macht, muss scheitern. Die Milliardenausgaben der Geberländer sind nur Kosten zum Zeitgewinn. Der Staatsbankrott wird verschleppt. Die nächsten Regierungen und die nächsten Generationen sollen die Lasten tragen, welche die jetzige politische Elite aufbürdet. So funktioniert Politik in diesen Zeiten.

Zugang zur Petition finden Sie unter www.ja-zur-alternative-de oder Ihren AfD-Kreisverband.